



Foto: h/z

Die gesetzlich vorgeschriebene Ankündigung der Abschiebung ist abgeschafft. (Ursula Sapel)

markt dagegen protestiert; Mediziner_innen deshalb, weil Kran-

ke nicht mehr vor Abschiebung geschützt sind und z.B. Atteste von Psycholog_innen nicht mehr anerkannt werden, nur noch Atteste, die von Fachärzt_innen im Verlauf einer Woche ausgestellt sind.

Romafamilien leben in ihren Herkunftsländern oft an schadstoffbelasteten Orten und arbeiten mit giftigen Abfallprodukten. Krankheiten sind so vorprogrammiert. Die werden ihnen aber hier zum Vorwurf gemacht.

Inwieweit nach Verabschiedung des Asylpakets II überhaupt noch Angebote zur „freiwilligen“ Ausreise gemacht

werden, ist mir nicht bekannt. Die Auskunft der ZAB an den Senator kann sich auf Angebote an die Familien beziehen, die irgendwann einmal gemacht wurden. Auf jeden Fall gibt es keine Entschuldigung dafür wegzusehen, wenn Menschen ungerecht behandelt werden, Kinder und Jugendliche aus den Schulen von einem auf den anderen Tag verschwinden. Und die Aussage des Senators, er halte sich nur an das Asylgesetz, ist ein Wegsehen.

URSULA SAPEL
Bleiberechtsausschuss

ABSCHIEBUNGEN 2

Hamburg: Knapp 80 Schüler_innen abgeschoben

Die Zahl der abgeschobenen Schüler_innen dürfte in diesem Jahr stark ansteigen.

Im ersten Quartal 2016 sind in Hamburg 79 Personen im schulpflichtigen Alter abgeschoben worden. Das geht aus einer Antwort des Senats auf eine Anfrage der Linksfraktion hervor, die dem NDR vorliegt. Demnach war unter den 79 Schülerinnen und Schülern ein Kind, das in Hamburg geboren wurde; zwei weitere kamen im Bundesgebiet auf die Welt und wurden nun abgeschoben. Unbekannt sei, wie hoch der Anteil der "schulpflichtigen Personen an den freiwilligen Ausreisen (insgesamt 735)" sei, heißt es in der Antwort weiter.

Deutlich mehr Abschiebungen

Damit dürfte die Zahl der Abschiebungen von Schüler_innen in diesem Jahr ansteigen. Hamburg hatte im vergangenen Jahr 109 Kinder und Jugendliche im schulpflichtigen Alter abgeschoben, darunter sechs, die in Hamburg geboren wurden.

Proteste von Schüler_innen

Unter anderem kritisieren Schüler_innen der Stadtteilschule am Hafen das Vorgehen des Senats. "Unsere Mitschüler werden abgeschoben. Sie werden mit Eltern und Geschwistern nachts aus dem Schlaf gerissen, aus ihrem Zuhause geholt und zum Flughafen gefahren."

Was sie besonders schockiert: Niemand wisse, wann es einen Mitschüler oder eine Mitschülerin trifft. Zurück blieben nur Spinde, Fächer und Schränke, in denen zurückgelassene Sachen liegen. Hamburger Schüler_innen fordern, das Recht jedes Kindes auf Bildung anzuerkennen und die Abschiebungen zumindest während des laufenden Schuljahres auszusetzen. Auch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft kritisiert das Vorgehen: Es könne nicht sein, dass behördliches Handeln und die geltenden Asylgesetze wichtiger seien als die Kinderrechte.

Auch in Berlin regt sich Widerstand gegen die Praxis, schulpflichtige Kinder, die sogar in

Deutschland geboren wurden, abzuschieben. Rund 300 Schüler_innen protestierten im März beispielsweise für die siebenjährige Ayla, die mit ihrer Familie abgeschoben werden soll. Neuköllns Bezirksbürgermeisterin Franziska Giffey forderte, die Regelungen für langjährig geduldete Menschen zu ändern.

"Fühlen sich als Hamburger_innen"

Die innenpolitische Sprecherin der Hamburger Linksfraktion, Christiane Schneider, sagte im Gespräch mit dem NDR: "Gerade die Abschiebung von Kindern, die hier geboren sind – und vor allem, wenn sie hier sozialisiert wurden –, bedeutet einen tiefen Eingriff in ihre Entwicklung bis hin zur Kindeswohlgefährdung". Sie habe einige Kinder und Jugendliche kennengelernt, die sich als Hamburger_innen fühlten. Diese könnten "es oft bis zuletzt nicht fassen, dass und wie diese Gesellschaft sie ausstößt". Jede dritte Rückführung von abgelehnten Asylbewerber_innen oder ausreisepflichtigen Ausländer_innen ist 2015 in Hamburg nicht durchgeführt worden. Die SPD ist mit der Bilanz zufrieden.

PATRICK GENSING, NDR

Quelle: ndr.de, 19.4.2016